



# **Niederschrift**

## **Europaausschuss**

20. Wahlperiode – 14. Sitzung

am Mittwoch, dem 28. Juni 2023, 10:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Malte Krüger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Vorsitzende

Hauke Göttisch (CDU)

Volker Nielsen (CDU)

Rasmus Vöge (CDU)

Uta Wentzel (CDU)

Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), in Vertretung von Eka von Kalben

Birte Pauls (SPD)

Marc Timmer (SPD)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Christian Dirschauer (SSW), in Vertretung von Jette Waldinger-Thiering

### **Fehlende Abgeordnete**

Seyran Papo (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>Gespräch mit der Staatssekretärin und Bevollmächtigte des Landes Schleswig-Holstein im Bund, Frau Sandra Gerken</b>	<b>5</b>
	Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU Umdruck 20/1248	
<b>2.</b>	<b>Austausch zur deutschen Präsidentschaft in der Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference – BSPC) mit BSPC-Präsident Johannes Schraps, MdB</b>	<b>9</b>
	Vorschlag des Vorsitzenden in der 12. Sitzung am 5. April 2023	
<b>3.</b>	<b>Gespräch mit Herrn Koopmann von der IHK zu Lübeck</b>	<b>14</b>
<b>a)</b>	<b>Auswirkungen des neuen Nordirlandabkommens zwischen Großbritannien und der EU auf Schleswig-Holstein</b>	<b>14</b>
	Antrag der Abgeordneten Jette Waldinger-Thiering (SSW) in der 10. Sitzung am 1. März 2023	
<b>b)</b>	<b>Chancen und Herausforderungen durch den European Green Deal für die Wirtschaft in Schleswig-Holstein</b>	<b>14</b>
	Antrag des Abgeordneten Marc Timmer (SPD) Umdruck 20/1353	
<b>4.</b>	<b>Bericht der Abgeordneten Eka von Kalben aus dem Ausschuss der Regionen (AdR)</b>	<b>19</b>
	Vorschlag des Vorsitzenden	
<b>5.</b>	<b>BSPC-Jahreskonferenz in Berlin – Stand der Vorbereitungen und der Resolution</b>	<b>20</b>
	Vorschlag des Vorsitzenden	
<b>6.</b>	<b>Schutz unserer Wasserressourcen – Umsetzung der Resolution der PSO „Europäischer Grüner Deal – Wasser und Klimawandel“</b>	<b>21</b>
	Bericht der Landesregierung Drucksache 20/1065	
<b>7.</b>	<b>Ausweisung sicherer Herkunftsstaaten</b>	<b>22</b>
	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 20/1058 (neu)	
<b>8.</b>	<b>Termine</b>	<b>23</b>
	Hierzu: Umdrucke 20/775, 20/1520 (neu)	

<b>9.</b>	<b>Information/Kenntnisnahme</b>	<b>24</b>
<b>10.</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>25</b>

Der Vorsitzende, Abgeordneter Krüger, eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Der Ausschuss kommt überein, Punkt 4 der Tagesordnung zu vertagen. Im Übrigen wird die Tagesordnung in der vorstehenden Fassung gebilligt.

**1. Gespräch mit der Staatssekretärin und Bevollmächtigte des Landes Schleswig-Holstein im Bund, Frau Sandra Gerken**

Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU  
[Umdruck 20/1248](#)

Staatssekretärin Gerken, Bevollmächtigte des Landes Schleswig-Holstein beim Bund, verweist auf das veränderte Veranstaltungskonzept, um Schleswig-Holstein beim Bund zu präsentieren. Es sehe zum einen aus Veranstaltungen in der Landesvertretung vor, die die Schwerpunkte der Landesregierung widerspiegeln. Dazu zählten in diesem Jahr Veranstaltungen zur künstlichen Intelligenz und Digitalisierung sowie zur Präsidentschaft für den Ostseerat und kulturelle Highlights. Zum anderen gebe es Veranstaltungen der Ministerien, um in Berlin eine Plattform für bestimmte Themen zu bieten, insbesondere zu erneuerbaren Energien und Wasserstoff. Ziel sei es, sich auch bei der Bundesregierung einen Namen zu machen, um die schleswig-holsteinischen Schwerpunkte darzustellen. In der Landesvertretung finde sich auch die EMK-Geschäftsstelle.

Darüber hinaus werde es Dritten wie Unternehmen und Verbänden aus Schleswig-Holstein ermöglicht, für sich zu werben. Die Staatssekretärin erwähnt exemplarisch die jährlich stattfindende Maritime Convention.

Die schleswig-holsteinische Landesvertretung verzichte als eine von wenigen aus Nachhaltigkeitsgründen weitestgehend auf Plastik. Sie biete schleswig-holsteinische Gerichte aus regionalen Produkten an, was sie auch mit Blick auf die Weiterentwicklung zu einem Veranstaltungszentrum in der Mitte Berlins für wichtig halte, um konkurrenzfähig zu sein, so Staatssekretärin Gerken.

Den Schwerpunkt der politischen Arbeit stellten die Mitwirkung an der Gesetzgebung des Bundesrats sowie die Stellungnahme zu europäischen Initiativen dar. Diese erfolgten recht früh im Prozess, um zu prüfen, ob eine Subsidiaritätsrüge aufgrund von Eingriffen in die Länderkompetenzen notwendig sei. Es gestalte sich nicht immer einfach, eine gute Position zu finden,

wenn die Kompetenzen zwar bei den Ländern lägen, der Bund aber für sie in Brüssel verhandle. Dies zeige sich beispielsweise beim European Media Freedom Act. Die frühzeitigen Stellungnahmen könne der Landtag begleiten, wenngleich es sich zuvorderst um eine Aufgabe der Exekutive handele.

Staatssekretärin Gerken geht darauf ein, dass es in den letzten Jahren immer schwieriger werde, mit den Ländern und dem Bund Mehrheiten zu finden. Aufgrund der sehr unterschiedlichen Koalitionen könne schon lange nicht mehr von einem „Durchregieren“ die Rede sein. Auch gebe es immer mehr Vorlagen mit verkürzter Frist – mittlerweile 88 Prozent –, sodass mitunter nur eine einzige Nacht Zeit bleibe, um sich zu Vorlagen zu verhalten. Dies beschränke die Mitwirkungsmöglichkeiten der Länder, und womöglich könnten die Auswirkungen auf die Kommunen nicht richtig abgeschätzt werden.

Die Staatssekretärin bittet um Rückmeldungen aus dem Ausschuss, ob er sich ausreichend informiert fühle und was er sich für die weitere Zusammenarbeit wünsche.

Auf die Nachfrage des Abgeordneten Timmer führt Staatssekretärin Gerken zur Abstimmung mit den anderen Bundesländern aus, in den Ausschusssitzungen des Bundesrates brächten sich zuerst die Fachministerien ein. Daraus ergebe sich ein guter Überblick über die Positionen der Länder, um sich anschließend koordinierend zu bemühen, zu einer einheitlichen Vorlage zu gelangen. Dabei gehe es zum einen um ähnliche Interessen verschiedener Länder. Zum anderen gehe es um die Abstimmung innerhalb der regierungstragenden Parteien. Am Ende verfüge sie einen Beschlussvorschlag an das schleswig-holsteinische Kabinett. Dieses entscheide dann über das Abstimmungsverhalten des Landes im Bundesrat.

Der Vorsitzende begrüßt die Anregung der Staatssekretärin, einen regelmäßigen Austausch mit dem Ausschuss zu pflegen.

Abgeordneter Krüger fragt nach der Zusammenarbeit beziehungsweise Konkurrenz mit den anderen Landesvertretungen. – Staatssekretärin Gerken versichert, die Landesvertretungen arbeiteten grundsätzlich gut zusammen. Sie führten auch gemeinsame Veranstaltungen durch, verträten aber letztlich die Interessen ihres eigenen Bundeslandes. Es werde auch über den Ständigen Beirat als eine Art Ältestenrat des Bundesrats politisch zusammengearbeitet.

Abgeordneter Nielsen hält die Einhaltung des europäischen Vergaberechts für eine äußerst anspruchsvolle Aufgabe aller staatlichen Ebenen und insbesondere kleinerer Kommunen. Er erkundige sich daher nach einer Bundesratsinitiative mit dem Ziel, die Wertgrenzen deutlich zu erhöhen, die nicht mehr zeitgemäß seien. Darüber hinaus stünden wegen des Fachkräftemangels immer weniger Fachleute für das Vergaberecht zur Verfügung.

Staatssekretärin Gerken erinnert an eine Entschließung aller Bundesländer im Bundesrat, die nicht allzu weit zurückliege, die Bundesregierung möge sich bei der EU für die Anhebung der Schwellenwerte einsetzen. Dabei sei auch die Drohung der EU-Kommission zu beachten, gegen die Bundesrepublik ein Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten, weil sie – nach dortiger Meinung – das Vergaberecht nicht EU-konform anpasse. Die Einschätzung mancher Kommunen, es auf ein Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof ankommen zu lassen, halte sie für recht optimistisch. Das Bundeswirtschaftsministerium teile mit, die Bundesregierung befinde sich in ständigen Gesprächen mit der EU-Kommission.

Abgeordnete Pauls bemängelt ein „Bashing der Bundesregierung“ durch die Landesregierung und die Koalition; Staatssekretärin Gerken möge auf die Grünen zugehen. Auch die Opposition im Landtag bekomme vieles sehr kurzfristig. Sie könne die beschriebenen Probleme von daher nachvollziehen.

Auf die Frage der Abgeordneten Pauls, wie oft sich Schleswig-Holstein aufgrund von Uneinigkeit in der Landesregierung enthalten habe, räumt Staatssekretärin Gerken ein, über keine Statistik zu verfügen. Nach ihrer Einschätzung enthalte sich Schleswig-Holstein nicht öfter als andere Bundesländer. Eine Anregung während der seinerzeitigen schleswig-holsteinischen Bundesratspräsidentschaft, Enthaltungen anders zu zählen, sei vom Bundesrat bislang noch nicht aufgegriffen worden.

Staatssekretärin Gerken informiert auf Nachfrage der Abgeordneten Pauls, der Kontakt zum Minderheitensekretariat laufe vor allem über die Staatskanzlei.

Abgeordneter Dirschauer fragt nach der Beteiligung der Kommunen an bundesgesetzlichen Regelungen. Er wünsche sich von der Landesvertretung mehr Informationen zu Fachveranstaltungen. Umgekehrt interessierten ihn ihre Wünsche an die Landespolitik.

Staatssekretärin Gerken führt aus, die kommunalen Landesverbände würden von der Bundesregierung regelmäßig in einer sehr frühen Phase von Gesetzesinitiativen beteiligt. Bei ihrem Abstimmungsverhalten im Bundesrat fühle sich die Landesvertretung den Kommunen verpflichtet. Sie wünsche sich, dass alle Abgeordneten die Landesvertretung auch als ihre Vertretung in Berlin verstünden. Sie könnten diese gern als Konferenzmöglichkeit nutzen. Sie lade den Ausschuss zu einem Besuch der Landesvertretung ein.

Abgeordnete Wentzel lobt, dass die Landesvertretung ein offenes Haus anbiete. Ihre Veranstaltungen seien gut organisiert. – Auf eine Frage der Abgeordneten nach der Zusammenarbeit mit den nationalen und internationalen Nachbarländern Schleswig-Holsteins und der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) antwortet Staatssekretärin Gerken, sie treffe sich regelmäßig mit den Botschafterinnen der skandinavischen Länder. Im Bundesrat beobachte sie gemeinsame Interessen mit den anderen norddeutschen Ländern. Über die Konferenz der norddeutschen Länder erarbeiteten die Staatskanzleien gemeinsame Standpunkte, etwa für die MPK. Die Staatskanzlei bereite die Sitzungen der MPK vor. Es bewähre sich eine gemeinsame Linie der Bundesländer bei Forderungen an den Bund. Die Staatssekretärin gibt zu bedenken, Vereinbarungen müssten auch von den Parlamenten gebilligt werden. Dies stelle bisweilen eine schwierigere Aufgabe dar als überhaupt eine Vereinbarung zwischen Bund und Ländern zu finden.

## **2. Austausch zur deutschen Präsidentschaft in der Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference – BSPC) mit BSPC-Präsident Johannes Schraps, MdB**

Vorschlag des Vorsitzenden in der 12. Sitzung am 5. April 2023

Herr Schraps, Mitglied des Bundestages und Präsident der Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference – BSPC), begrüßt den Austausch zwischen Bundestag und den vier Landesparlamenten sowie die intensive Beschäftigung des Schleswig-holsteinischen Landtags mit dem Thema. Seit 2017 kümmere er sich als Mitglied des Bundestags um die Ostseekooperation. Schleswig-Holstein bringe sich an der Stelle von Anfang an, seit den 1990er-Jahren, sehr intensiv ein. Die Koordinierung der fünf deutschen parlamentarischen Delegationen habe über viele Jahre hinweg der jeweilige Präsident des Schleswig-holsteinischen Landtags übernommen und die BSPC-Jahreskonferenz 1998 in Lübeck ausgerichtet. Er freue sich, dass der Landtag bereit sei, die Präsidentschaft nach der Jahreskonferenz 2025 für ein Jahr zu übernehmen und anschließend die Jahrestagung auszurichten.

Er erinnert an die Initiative des Landtags, in den letzten zehn Jahren zweimal 20.000 Euro für die Jugendkooperation im Ostseeraum zur Verfügung zu stellen. Diese Initiative wirke bis heute in der Arbeit der Ostseekooperation nach und gehe im Wesentlichen auf die Abgeordnete Waldinger-Thiering zurück. Dadurch sei es gelungen, die Jugendzusammenarbeit im gesamten demokratischen Ostseeraum auf eine stabile Grundlage zu stellen. In diesem Jahr werde in Berlin in Zusammenarbeit mit dem Ostseerat zum dritten Mal in Folge ein Baltic Sea Parliamentary Youth Forum durchgeführt, das zwei Vertreter/Vertreterinnen mit Rederecht zur BSPC-Jahrestagung entsende. Wichtige Akzente hätten auch Hartmut Hamerich, Wolfgang Baasch, Regina Poersch, Bernd Heinemann, Aminata Touré und Rasmus Andresen sowie in dieser Wahlperiode Kristina Herbst, Eka von Kalben und Silke Backsen gesetzt. Auch auf exekutiver Seite sei Schleswig-Holstein wieder präsent, etwa beim Baltic Sea Region Future Forum 2022.

Herr Schraps hebt an der Zusammenarbeit im Ostseeraum die Veranstaltungen zu Munitionsaltlasten in der Ostsee heraus. Viele Sachverständige, die die Ostseeparlamentarierkonferenz zu verschiedenen Themenfeldern immer wieder einlade, stammten aus Schleswig-Holstein. er dankt den Abgeordneten sowie der Landesregierung für ihre engagierte Arbeit der letzten Jahre und mahnt, diese stabile Grundlage sei nicht selbstverständlich und erfordere tagtägliche Arbeit.

Die Zusammenarbeit zwischen den demokratischen Staaten im Ostseeraum vertiefe gemeinsamen Werte. Sie seien darin verbunden, um den schwierigen Herausforderungen in der Ostseeregion zu begegnen. Ziel sei es, für das menschliche Wohl, den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und für eine prosperierende Entwicklung des gesamten Ostseeraum zu handeln. In einer Zeit, in der das demokratische System in Deutschland auch Angriffe standzuhalten habe, komme es besonders auf die Stärkung der gesellschaftlichen Grundwerte an.

Der Schwerpunkt der BSPC-Präsidentschaft des Bundestages 2022-2023 „Resilienz der demokratischen Zusammenarbeit“ weise viele Facetten auf. Herr Schrapf zählt die Themen auf, mit der die Konferenz sich im August 2023 vornehmlich befassen werde: friedliche und verlässliche Nachbarschaft; intensive Zusammenarbeit auf der Basis von Grundwerten; Stärkung der demokratischen Resilienz; Förderung der digitalen Resilienz; verstärkte Jugendkooperation im Ostseeraum; Stärkung der Widerstandsfähigkeit der maritimen Ökosysteme; Klimawandel und Biodiversität und Munitionsaltlasten in der Ostsee.

Auf eine Frage des Abgeordneten Dirschauer zu Kontakten zu russischen Parlamenten antwortet Herr Schrapf, zwei Tage nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine habe die Ostseeparlamentarierkonferenz als erste interparlamentarische Organisationen weltweit einstimmig beschlossen, die russischen Delegationen auszuschließen. Nicht nur die beiden föderalen russischen Parlamente seien betroffen, sondern auch die regionalen russischen Parlamente, die die Entscheidung von Wladimir Putin über die Annexionen einstimmig mitgetragen hätten. Daraufhin habe Russland im Mai 2022 offiziell seinen Austritt aus der Ostseeparlamentarierkonferenz erklärt. Nunmehr gebe es keine inhaltlichen offiziellen Kontakte mehr zu russischen Parlamentariern. Die Ostseeparlamentarierkonferenz stehe aufgrund verschiedener Kooperationen in Kontakt mit den Vertretern des Ostseerates, um gemeinsame drängende Probleme zu bearbeiten. Auf dieser Ebene würden Kontakte immer schwieriger. Die Universitäten versuchten teilweise noch, Kooperationen auf Arbeitsebene aufrechtzuerhalten.

Von Abgeordnetem Dirschauer der Jugendzusammenarbeit gefragt, unterstreicht Herr Schrapf die besondere Bedeutung der Zusammenarbeit, der Inklusion und des Austausches der Jugend im Ostseeraum im Zusammenhang mit politischen Entscheidungsprozessen. Die Jugendkonferenz werde bewusst zum dritten Mal hintereinander neben der Jahrestagung ausgerichtet, um den Jugendvertretern die Möglichkeit zu bieten, an der Jahrestagung teilzunehmen. So könnten die wichtigsten Forderungen der Jugendlichen auf der Jahrestagung diskutiert werden und Eingang in die Resolutionen finden.

Die Landesregierung Schleswig-Holsteins berichte ausführlich, welche Teile der Resolutionen der Ostseeparlamentarierkonferenz sie jeweils umgesetzt habe. Darüber hinaus motiviere der Austausch der Jugendlichen mit Abgeordneten und Fachleuten auch dazu, sich weiter zu vernetzen, Vorbehalte abzubauen und an politischen Entscheidungsprozessen zu partizipieren.

Abgeordneter Timmer unterstreicht die Bedeutung des Jugendforums und begrüßt, dass zwei Vertreter an der Ostseeparlamentarierkonferenz teilnehmen können. Er betont, dass eine Herausforderung darin liege, der Fülle der Themen gerecht zu werden und trotzdem Schwerpunkte zu setzen. – Auch Abgeordnete Pauls hebt die Bedeutung der Zusammenarbeit im Ostseeraum hervor. Es sei nötig, stärker dafür zu werben.

Herr Schrapls legt dar, an der Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz nähmen 180 bis 220 Mitglieder aus allen Ostseeanrainerparlamenten auf verschiedenen staatlichen Ebenen teil, um anschließend eine Resolution zu verabschieden. Viermal jährlich treffe sich der Ständige Ausschuss, bestehend aus den Delegationsleitungen, auch um die Resolution vorzubereiten. Darüber hinaus sorgten die Arbeitsgruppen für eine Kontinuität, indem sie zu bestimmten Themen über zwei bis drei Jahre hinweg arbeiteten. Personelle Kontinuität bei den Abgeordneten sei gewünscht, wenngleich dies mit Blick auf zwischenzeitlich stattfindende Wahlen nicht immer gelinge. Häufig würden Best-Practice-Beispiele aufgegriffen, um sie auch für die anderen Länder nutzbar zu machen. Die nächste Arbeitsgruppe beschäftige sich voraussichtlich angesichts der Anschläge auf Ostseepipelines und mit Blick auf die Energienetze der Ostseestaaten mit der Resilienz von Energiekooperationen.

Im vergangenen Jahr habe der Ostseerat beschlossen, Offshorewindenergie in großem Stil im Ostseeraum auszubauen. Diesen Auftrag hätten die Außenminister kürzlich bei ihrem Treffen in Wismar aufgegriffen. Dazu sei erstmals seit zwölf Jahren wieder auch er als Präsident der Ostseeparlamentarierkonferenz eingeladen gewesen, denn neben der exekutiven gehe es auch um die parlamentarische Diskussion der Ostseeanrainerstaaten. Die Ostseeparlamentarierkonferenz lade Fachleute sowie Abgeordnete aus den Parlamenten ein. Allerdings gebe es im Ostseeraum ein sehr breites Themenspektrum.

Auf eine Frage der Abgeordneten Wentzel nach der organisatorischen Unterstützung der BSPPC antwortet Herr Schrapls, im Vergleich zu anderen interparlamentarischen Organisationen bewege sich die Organisation der Ostseeparlamentarierkonferenz in einem kleinen finanziellen Rahmen, etwa für Übersetzungsdienstleistungen. Nach dem Wegfall Russlands hätten

sich die Landtage dankenswerterweise sehr schnell bereit erklärt, ihre Beiträge zu steigern, um die Arbeit der Ostseeparlamentarierkonferenz sicherzustellen. Darüber hinaus gebe es ein Sekretariat mit dem Generalsekretär und den Sekretariaten der Mitgliedsparlamente. Um die Abhängigkeit von einzelnen Parlamenten zu vermeiden, diskutiere die Ostseeparlamentarierkonferenz gegenwärtig über ein ständiges Sekretariat etwa beim Ostseerat in Stockholm, beim Nordischen Rat in Kopenhagen oder mit Blick auf die dort niedrigeren Kosten in den baltischen Staaten.

Abgeordnete Wentzel bittet um nähere Erläuterung, wie die Jugendkonferenzen einbezogen, etwa auch die überfraktionelle Vereinigung Europa-Union, wie die jugendlichen Delegierten für die Ostseeparlamentarierkonferenz ausgewählt würden. – Herr Schraps erläutert, die Ostseeparlamentarierkonferenz wende sich an Jugendorganisationen, die sich bereits an Jugendostseekooperationen beteiligten, wolle aber über freie Ausschreibungen auch Jugendliche erreichen, die sich noch nicht mit diesem Thema beschäftigten. Jedes Land möge eine bestimmte Anzahl Jugendlicher in die Jugendparlamentarierkonferenz entsenden.

Abgeordnete Wenzel möchte wissen, inwiefern sich die Jahreskonferenz mit den Initiativen zur Bergung der Munitionsaltlasten beschäftige und fragt nach Best-Practice-Beispielen aus anderen Ländern.

Herr Schraps führt aus, der Umgang mit den Munitionsaltlasten zeige beispielhaft, wie die BSPC über die interparlamentarische Zusammenarbeit Akzente setzen könne, die in ihren Heimatparlamenten nicht immer möglich wären. So habe sich etwa der Bundestag unter der Großen Koalition diesbezüglich nicht einigen können. Der deutschen Delegation in der Ostseeparlamentarierkonferenz sei es aber sehr wohl möglich gewesen, diese gemeinsame Thematik immer stärker in den Resolutionen zu verankern, um sie darüber wieder an die nationalen Regierungen zurückzuspielen. Der Bundeshaushalt sehe nun erstmalig mehr als 100 Millionen Euro für den Prototypen einer Plattform zur Bergung und Entsorgung von Munition vor. Im weiteren Verlauf werde er hoffentlich zu einer breiteren Räumung von Munitionsaltlasten aus der Ostsee führen.

In der Ostsee und in der Nordsee gebe es noch mehr als 1,9 Millionen Tonnen Munitionsaltlasten, in der Ostsee auch einen deutlich höheren Anteil an chemischer Munition, die in den nächsten 30 bis 40 Jahren zum großen Teil korrodieren werde. Angespülter Phosphor sehe

Bernstein ähnlich und könne, einmal aus dem Wasser genommen, zu schwersten Verbrennungen führen. TNT wirke sich sehr nachteilig auf die Biodiversität aus. Auch für den Tourismus könne es sich katastrophal auswirken, wenn größere Mengen Munition anlandeten. Dadurch wäre auch die wirtschaftliche Entwicklung Schleswig-Holsteins massiv beeinträchtigt.

Herr Schraps appelliert, den Druck auf die Landtage und die Landesregierungen aufrechtzuerhalten, und begrüßt, dass der aktuelle Koalitionsvertrag auf Landesebene das Thema der Munitionsaltlasten aufgreife. Dies müsse nun auch mit Haushaltsmitteln hinterlegt werden. Die Ostseeparlamentarier forderten einen ostseeübergreifenden Fonds, um das gemeinsame Problem anzugehen. Hier sollten die Bundesrepublik und die Bundesländer an der Küste Akzente setzen, meint Herr Schraps, die Initiative ergreifen und Geld für einen gemeinsamen Fonds von Bund und Ländern bereitstellen.

### **3. Gespräch mit Herrn Koopmann von der IHK zu Lübeck**

#### **a) Auswirkungen des neuen Nordirlandabkommens zwischen Großbritannien und der EU auf Schleswig-Holstein**

Antrag der Abgeordneten Jette Waldinger-Thiering (SSW) in der 10. Sitzung am 1. März 2023

#### **b) Chancen und Herausforderungen durch den European Green Deal für die Wirtschaft in Schleswig-Holstein**

Antrag des Abgeordneten Marc Timmer (SPD)  
[Umdruck 20/1353](#)

Herr Koopmann, Federführer Internationales der IHK zu Lübeck, erläutert, seit einigen Monaten lägen die Eckpfeiler für das Windsor-Abkommen für mehr Qualität der Handelsbeziehungen zwischen der Provinz Nordirland und dem Mutterland sowie für den verstärkten Schutz des EU-Binnenmarktes vor. Das Nordirlandprotokoll zum Brexit-Vertrag sehe die Grenze zwischen der Europäischen Union und Großbritannien explizit zwischen beiden Inseln vor. Dies funktioniere nur mäßig. Stattdessen gebe es nun wieder eine Grenze im Süden der Provinz Nordirland., wobei das Karfreitagsabkommen gewahrt bleiben solle. Nordirland gehöre nämlich nach wie vor in weiten Teilen zur Europäischen Union und unterliege auch ihrer Gesetzgebung. Einige Ausnahmen gebe es etwa bei der Aussetzung der Umsatzsteuerpflicht für kleine und mittlere Unternehmen sowie bestimmten Dienstleistungen, würden bei ihnen dieselben Definitionen angewendet wie in der Europäischen Union.

Die Briten dürften nun etwa auch für Nordirland die Umsatzsteuer für Bier unter die Mindestanforderungen der EU senken. Ähnlich verhalte es sich bei allen aus England nach Nordirland verbrachten Gütern, die dort verbleiben sollten. Verschärfter Kontrolle unterlägen allerdings Waren, die in die Republik Irland beziehungsweise in andere EU-Länder exportiert werden sollten. Den Unterschied festzustellen, obliege der EU, die dafür erhebliche Zugangsrechte zur IT der britischen Wirtschaft und der britischen Zollverwaltung erhalte, um Kontrollen auf ein Minimum zu begrenzen.

Mit diesem Übereinkommen zeigten sich alle Seiten zufrieden, denn damit würden die großen Probleme bei der Versorgung mit Arzneimitteln oder Lebensmitteln beseitigt. Der Binnenhandel im Vereinigten Königreich werde deutlich vereinfacht, der Außenhandel mit der EU davon aber kaum berührt. Die Zuständigkeit bei Streitfragen liege nach wie vor beim Europäischen Gerichtshof. Dreißig Abgeordnete des nordirischen Parlaments, die aus zwei Parteien kom-

men müssten, dürften ihr Veto gegen neue EU-Gesetzgebung mit Auswirkungen auf Nordirland einlegen. In diesem Fall könne die EU über Maßnahmen zum Schutz ihrer Außengrenzen entscheiden. Im Zweifel urteile ein Schiedsgericht.

Der Handels- und Wirtschaftsvertrag zwischen Großbritannien und der EU berühre neben Handel und Dienstleistung auch die Zusammenarbeit in der Außenpolitik, der Sicherheitspolitik und bei Forschungsprogrammen. Die Grundlagenvereinbarung schaffe erhebliches gegenseitiges Vertrauen mit erheblicher Bedeutung in Bezug auf dynamische Positionen des Brexit-Vertrags. Beispielsweise werde danach für Elektroautos kein Zoll fällig, wenn jeweils mindestens 30 Prozent Wertschöpfung in der EU oder in Großbritannien erfolge. Ein Anstieg auf 55 Prozent bis 2026 sei vorgesehen. Weder Großbritannien noch die EU hätten sich aber im Bereich der Batterietechnik und Wertschöpfungsanteile für Elektroautos entsprechend den einstigen Erwartungen entwickelt. Die Regelung sei überarbeitungswürdig und das neu gewonnene Vertrauen entsprechend wichtig.

Vom Abgeordneten Dirschauer nach Auswirkungen auf Standards, Qualitätsunterschiede und Lieferketten von Produkten befragt führt Herr Koopmann aus, teilweise hätten die Briten sehr schnell eigene Regeln für Produktstandards und -zulassung aufgebaut, die sich etwa von REACH nicht deutlich unterschieden. Bei Medizintechnik könne man die Zulassung für den britischen Markt leichter erreichen, die über eine Übergangsregelung bislang auch noch in der EU zugelassen werde. Jedoch sei es den Briten dreimal schon nicht gelungen, das erforderliche Regelwerk umzusetzen. Die unterschiedlichen Regelungen auf dem Arbeitsmarkt minderten die Anreize, in Großbritannien zu arbeiten. Weil auch die Briten den Weltmarkt bedienen wollten, täten sie gut daran, sich an den Standards der EU zu orientieren, so Herr Koopmann.

Herr Koopmann berichtet über den European Green Deal, den er für hochkompliziert halte. Die IHK Schleswig-Holstein begrüße den Green Deal, vorausgesetzt er führe zu mehr Wohlstand und Innovationen für nachhaltige Dienstleistungen und Produkte. Dies sei bislang noch nicht erkennbar. Nach seiner Einschätzung gebe es allerdings auch keine ernsthafte Alternative zum Green Deal.

Solange grüner Strom nicht gespeichert werde, könne er nicht optimal eingesetzt werden. Auch müsse es leichter möglich werden, produzierten Strom selbst zu verbrauchen. Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern tue das Land sich auch bei Power Purchase Agreements schwer. Zusammen mit anderen norddeutschen Bundesländern arbeite Schleswig-Holstein an

der Durchsetzung eines bundeseinheitlichen Netzentgelts. Herr Koopmann hinterfragt den politischen Willen zur Umsetzung unterschiedlicher Preiszonen beim Strom. Auch beim Industriestrompreis sei er skeptisch; die IHK wolle keine Ausgrenzung anderer Wirtschaftsunternehmen. Zudem brauche es einen gewissen Anreiz, sich bis zum Jahr 2030 auf anderen Unternehmens- und Politikfeldern weiterzuentwickeln.

Nach Erkenntnissen des International Institute for Management Development in Lausanne sei Deutschland von Platz 16 auf Platz 22 der 64 wirtschaftlich spannendsten Plätze der Welt gefallen. Über alle Kategorien wie Energiepolitik, Infrastruktur, Fachkräfteversorgung und Digitalisierung hinweg betrachtet liege die Bundesrepublik sogar nur auf Platz 61. Er nehme für diese Bereiche sogar noch eine weitere Verschlechterung an. Es gelte sie ebenso wie den Bildungsbereich dringend anzugehen.

Die Unternehmen hofften auf weniger Regulation etwa bei der CO<sub>2</sub>-Bepreisung, damit sich die Marktkräfte besser entwickeln könnten. Auch müsse die internationale Wettbewerbsfähigkeit gefördert werden. Europäische Energieanlagenbetreiber gerieten im weltweiten Vergleich ins Hintertreffen, warnt Herr Koopmann, wenn sie auf das von ihnen ausgestoßene CO<sub>2</sub> Abgaben zahlen müssten. Das solle durch den Carbon Border Adjustment Mechanism ausgeglichen werden, indem zum Beispiel ein Importeur von Stahl, der in einem Drittland mit dortigen Strom produziert worden sei, eine Abgabe zahlen müsse. Dieser richtige Ansatz sei allerdings äußerst kompliziert umzusetzen. Auch werden nicht an den Export hier produzierter Güter ins Ausland gedacht, wo es keine CO<sub>2</sub>-Abgaben gebe.

Dauerhaft müsse es gelingen, die Gewissheit zu vermitteln, dass es mit mehr Klima- und Umweltschutz bei geringerem Energieverbrauch wirtschaftlichen Erfolg geben könne. Herr Koopmann trägt vor, die Unternehmen kritisierten stark, dass dem Umweltbundesamt nach wie vor das zugesagte Personal fehle, um sich um diese Themen zu kümmern.

Abgeordnete Wentzel stellt den European Green Deal dem Inflation Reduction Act der USA gegenüber beziehungsweise hinterfragt sie, ob die EU dem etwas entgegensetzen könne. In der Transformation des Energiesektors lägen viele Chancen, möglicherweise sei aber der Anschluss bereits verpasst worden; sie denke an den Verlust der Solarbranche in Deutschland. Die Frage sei, ob Schleswig-Holstein wichtige neue Impulse in Richtung setzen könne, um sich am Markt zu behaupten.

Herr Koopmann sieht Chancen darin, für die Transformation relevante Industrie anzusiedeln. Beispielsweise bemühe sich die Wirtschaft darum, die Solarproduktion wieder nach Europa und nach Deutschland zurückzubringen. Einerseits gehe es bei den Wärmepumpen gerade erst richtig los, andererseits verkaufe der Mittelständler Viessmann aus guten Gründen. Die USA hätten es mit dem Inflation Reduction Act geschafft, Umweltschutz und Energiesparen zu einem Geschäftsmodell zu machen. Die EU reagiere dagegen mit „Schnellschüssen“ wie Net-Zero Industry Act (Netto-Null-Industrie-Gesetz) und dem European Critical Raw Materials Act (Europäisches Gesetz zu kritischen Rohstoffen). Deren Ziele könnten aus verschiedenen Gründen gar nicht erreicht werden. Der bürokratische Aufwand werde völlig unterschätzt und unternehmerisches Handeln weitgehend unterbunden.

Abgeordneter Timmer fragt nach den Prioritäten der IHK bezüglich der Rahmenbedingungen und regulatorischer Grenzen, ab denen der Markt übernehmen müsse. Regulatorische Begrenzung allein reiche nicht aus, sondern es gehe auch darum, Anreize für die Wirtschaft zu schaffen, um neue Geschäftsfelder oder Veränderungen zu wagen. Vor diesem Hintergrund interessierten ihn positive regulatorische Effekte des European Green Deals für in Schleswig-Holstein relevante Wirtschaftssegmente.

Herr Koopmann sieht etwa im Energiebereich noch Spielraum, mit der Produktion und dem Vertrieb von Energie Geld zu verdienen. Dafür brauche es Technologieoffenheit. Der Strombedarf werde in Zukunft noch um ein Vielfaches steigen. Energieformen auszublenden werde sich möglicherweise als unklug erweisen. Auch die WTSH hebe bei Ansiedlungsgesprächen hervor, das Küstenland Schleswig-Holstein werde für die Wirtschaft immer interessanter. Dafür müsse es aber auch mehr Innovationen ermöglichen.

Abgeordneter Vöge hält, um das Wachstum sicherzustellen, grundsätzliche Innovationen für unabdingbar, wenn funktionierende Technik ersetzt werden solle. Er fragt diesbezüglich nach den aus Sicht der IHK drei wichtigsten Punkten. – Abgeordnete Pauls schließt die Frage an, was die IHK vom Land erwarteten, um den European Green Deal als Chance für die Wirtschaft nutzen zu können.

Herr Koopmann gibt zu bedenken, Energiepolitik stelle vor allem ein bundespolitisches Thema dar. Er habe bereits auf den Nachteilsausgleich bei den Netzentgelten hingewiesen, an dem die Landesregierung arbeite. Zusätzlich unterstreicht er den Punkt: Verlässlichkeit von Aussagen und Zeitplanungen. Die Unternehmen suchten ihre Standorte langfristig danach aus, wo

sie sich gut weiterentwickeln könnten. Ohne die Entwicklung von Gewerbeflächen, ohne ein anderes Strompreisdesign und ein stärkeres Bemühen bei Power Purchase Agreements steche Schleswig-Holstein nicht gegenüber anderen Standorten heraus. Hierfür, auch um den Bestand zu sichern, brauche es ein Vorgehen gemeinsam mit Wirtschaft und Industrie. Es gehöre dazu, schneller zu werden und mehr zu bauen. Deutschland sei außerdem nicht mehr die Nummer eins bei der Bildung. Alles in allem heiße es, nicht darauf zu warten, dass von selbst etwas geschehe.

**4. Bericht der Abgeordneten Eka von Kalben aus dem Ausschuss der Regionen (AdR)**

Vorschlag des Vorsitzenden

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

## **5. BSPC-Jahreskonferenz in Berlin – Stand der Vorbereitungen und der Resolution**

Vorschlag des Vorsitzenden

Der Vorsitzende teilt mit, die Ostseeparlamentarierkonferenz tage Ende August 2023. Der offizielle erste Entwurf der Resolution solle am 15. Juli 2023 und damit vor der nächsten Ausschusssitzung herausgegeben werden. Damit sich die Ausschussmitglieder dennoch ein Bild davon machen können, liege ihnen die Rohfassung des Resolutionsentwurf als nicht öffentlicher Umdruck vor. Es handele sich um einen vorläufigen, internen Stand des Dokuments, das aktuell beim Generalsekretär der BSPC bearbeitet werde. Bis zum 30. Juni 2023 hätten die Mitglieder des Standing Committee Gelegenheit, Ergänzungen mitzuteilen.

Einstimmig beschließt der Ausschuss den internen Vorentwurf der Resolution der BSPC-Jahreskonferenz 2023, [Umdruck 20/1680](#), gemäß § 17 Absatz 2 der Geschäftsordnung nicht öffentlich zu behandeln.

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung von bis 12:15 bis 12:18 Uhr für einen nicht öffentlichen Sitzungsteil.

**6. Schutz unserer Wasserressourcen – Umsetzung der Resolution der PSO „Europäischer Grüner Deal – Wasser und Klimawandel“**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 20/1065](#)

(überwiesen am 16. Juni 2023 an den **Umwelt- und Agrarausschuss** und den Europaausschuss)

Einstimmig schließt sich der Ausschuss entsprechend dem Vorschlag des Abgeordneter Dirschauer dem Verfahren des federführenden Umwelt- und Agrarausschusses an.

## **7. Ausweisung sicherer Herkunftsstaaten**

Antrag der Fraktion der FDP  
[Drucksache 20/1058](#) (neu)

(überwiesen am 15. Juni 2023 an den **Innen- und Rechtsausschuss**  
und den Europaausschuss)

Einstimmig schließt sich der Ausschuss dem Verfahren des federführenden Innen- und Rechtsausschusses an.

Entsprechend dem Vorschlag der Abgeordneten Pauls bittet der Ausschuss um nachrichtliche Einladung, sofern die Vorlage mit Ministerin Touré beraten werde.

## 8. Termine

- BSPC-Jahreskonferenz, 27. bis 29. August 2023, Berlin
- Parlamentsforum Südliche Ostsee (PSO) 2023, 17. bis 19. September 2023, Hamburg
- Nordischer Rat, 31. Oktober bis 2. November 2023, Oslo
- PSO 2024, geplant September 2024 in Kiel

Hierzu: [Umdrucke 20/775](#), [20/1520 \(neu\)](#)

Herr Diedrichsen, Leiter der Vertretung des Schleswig-Holsteinischen Landtages bei der Europäischen Union in Brüssel, erläutert, der neu gewählte Präsident des Nordischen Rats lade im Rahmen des Nordischen Rats vom 31. Oktober bis 2. November 2023 in Oslo eine erweiterte Delegation ein. Die Landtagspräsidentin wolle den Fraktionen die Teilnahme ermöglichen.

Angesichts einer Terminüberschneidung mit der für den 1. November 2023 geplanten Europausschusssitzung beschließt der Ausschuss einstimmig, die geplante Delegationsreise nach Flensburg und Apenrade in das erste Halbjahr 2024 zu verschieben. Der Vorsitzende kündigt an, dass somit die Sitzung am 1. November 2023 voraussichtlich entfalle.

## 9. Information/Kennntnisnahme

[Unterrichtung 20/86](#) – Erneuerung der Gemeinsamen Absichtserklärung über die regionale Zusammenarbeit zwischen dem Land Schleswig-Holstein und der Region Seeland

Der Vorsitzende verweist ergänzend auf [Umdruck 20/1677](#) – Antworten des Europaministeriums auf offen gebliebene Fragen aus der 13. Sitzung – hin. Abgeordnete Pauls kündigt weitere Fragen zur [Unterrichtung 20/86](#) an. Sie weist darauf hin, die Wasserstofftankstelle im kommunalen Gewerbegebiet in Schleswig sei nur durch den intensiven Einsatz von Ministerin Sütterlin-Waack möglich geworden.

## **10. Verschiedenes**

Der Vorsitzende bittet um Benennung von Themen gegenüber der Geschäftsführung für die Einladung der Menschenrechtsbeauftragten des Bundes, Frau Amtsberg, und gleichfalls für die Einladung des Vertreters der EU-Kommission in Deutschland, Herrn Wojan, in den Ausschuss. Die Ausschussmitglieder fassen ins Auge, diese Punkte sowie den Austausch mit der Bundesbeauftragten Frau Pawlik nach Möglichkeit in das Programm der geplanten Informationsreise nach Berlin zu integrieren.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Krüger, schließt die Sitzung um 12:30 Uhr.

gez. Malte Krüger  
Vorsitzende

gez. Svenja Reinke-Borsdorf  
Geschäfts- und Protokollführerin